



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/136

8. Oktober 1949

Warum Staatssekretäre?

Von Professor Carlo Schmid

Die Ernennung von Staatssekretären für die einzelnen Bundesministerien wird zur Zeit in den parlamentarischen und in den Regierungskreisen Bonns lebhaft erörtert. Es sind bereits Anfragen an mehrere Persönlichkeiten ergangen, die als Staatssekretäre infrage kämen. Professor Frohne (Verkehrsministerium), Dr. Strauss (Justizministerium), Dr. Schalfjew (Wirtschaftsministerium) haben auch ihre Tätigkeit kommissarisch schon aufgenommen, obwohl noch keine offizielle Ernennung - die Angelegenheit des Bundespräsidenten wäre - erfolgt ist. Denn noch ist die grundsätzliche Frage nicht entschieden, ob nur beamtete, nur parlamentarische oder beide Arten von Staatssekretären berufen werden sollen.

Der beamtete Staatssekretär ist im modernen Sinn des Wortes ein Produkt des parlamentarischen Regierungssystems. Innerhalb des traditionellen Typs der konstitutionellen Monarchien war der Minister in erster Linie Ressortchef, also eine Art von Beamter. Mit der Einführung des parlamentarischen Regierungssystems änderten sich diese Dinge grundlegend. Der Minister war nun nicht mehr in erster Linie Ressortfachverständiger, sondern eine politische Persönlichkeit, deren Hauptfunktion nicht so sehr in der technisch-sachkundigen Leitung des Ressorts, sondern in der Vertretung gesamtpolitischer Interessen innerhalb der Regierung gesehen wurde. Ausserdem brachte es das System mit sich, dass die Minister rasch wechselten.

Aus diesem Grunde wurde es nötig, eine Stelle zu schaffen, die die Amts-Kontinuität wahrte und gleichzeitig für das technisch richtige Funktionieren des ministeriellen Apparates verantwortlich war. So wurde der beamtete Staatssekretär geschaffen. Er ist Beamter und bleibt normalerweise vom Wechsel der Minister unberührt. In England

ist ihm zum Beispiel jede politische Tätigkeit verwehrt.

Daneben hat man in England und auch in Frankreich den sogenannten parlamentarischen Staatssekretär. Dieser ist kein Beamter, sondern ein Politiker. Er wechselt darum meistens mit dem Minister. Seine Aufgabe ist es, das Funktionieren des ministeriellen Apparates p o l i t i s c h zu kontrollieren und die Ressortinteressen des Ministeriums vor dem Parlament zu vertreten.

Auf diese Weise wird der Minister von eigentlichen Ressortaufgaben entlastet. Kabinettsitzungen werden nicht mehr zu Gesprächen über die gegenseitigen Konflikte der verschiedenen Ressorts. Der Minister kann sich erheblich mehr seiner eigentlichen Funktion widmen: nicht so sehr zu "verwalten", als vielmehr als Kabinettsmitglied zu "regieren".

Ein Verzicht auf die Einrichtung des parlamentarischen Staatssekretärs bedeutet eine wesentliche Abschwächung der Position der einzelnen Minister gegenüber dem Ministerpräsidenten.

* * *

Die Spionin von Herford

sp. Ein aktueller Anlass weist auf die dringende Notwendigkeit hin, dass im deutschen Strafrecht die alten, inzwischen durch die Besatzungsmächte aufgehobenen Bestimmungen über die Behandlung von Spionagefällen wieder Geltung bekommen oder durch neue ersetzt werden.

Ende September sprach das höchste Militärgericht der britischen Zone eine Frau Schmidt-Marquardt, die im Februar vom Militärgericht in Bielefeld wegen Spionage zugunsten der Sowjetunion zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden war, frei. Darüber wurde in der Bielefelder "Freien Presse" berichtet.

Die Angeklagte hatte den Auftrag, für den russischen Geheimdienst Namen von russischen Soldaten und anderen Personen zu erfahren, die in die britische Zone geflüchtet oder desertiert sind. Zu diesem Zweck fuhr sie nach Lemgo. Hier waren in einem Hotel die Personen untergebracht, die sie suchte. Sie werden dort von der Be-

satzungsmacht verpflegt und erhalten ein kleines Taschengeld. Bei dem Versuch, ihren Geheimauftrag auszuführen, wurde Frau Schmidt-

Marquardt überrascht und verhaftet. Das Bielefelder Militärgericht sah darin einen Verrat militärischer und politischer Geheimnisse

zugunsten einer fremden Macht.

Die Ansichten über den Wert der Informationen waren verschieden. Die Angeklagte selbst hatte geäußert, dass die Sowjets ihre Informationen als militärisch und politisch wertvoll betrachteten. Die Verteidigung stellte ihre Tätigkeit als völlig harmlos dar. Nach Meinung des britischen Intelligence Service sei durch die Spionage der Angeklagten die Sicherheit der Alliierten gefährdet gewesen.

In der Begründung des Freispruchs der Besatzungsinstanz hiess es unter anderem: "Es ist bekannt, dass alle Staaten Agenten beschäftigen, die sie in das Ausland schicken, um militärische und politische Geheimnisse zu erfahren. Wenn diese Agenten gefasst werden, werden sie abgeurteilt nach dem Recht des Landes, in dem die strafbare Handlung begangen worden ist. Alle Paragraphen des deutschen Strafrechts jedoch, die darauf hätten zutreffen können, sind durch die Besatzungsmacht aufgehoben worden".

Die Schliessung dieser Lücke im Gesetz ist dringend erforderlich. Denn der Tatbestand der prorussischen Spionage in Westdeutschland ist sehr viel weiter verbreitet und erheblich gefährlicher als man allgemein annimmt.

* * *

3300 : 187 für Frankfurt

sp. In der Frage des Bundessitzes ist vom Bundestag ein Sonderausschuss eingesetzt worden, der die Möglichkeiten der Städte Bonn und Frankfurt erneut prüfen soll. Ende Oktober wird das Plenum endgültig die Frage zu entscheiden haben.

Unser Bonner Korrespondent hat die einzelnen Ministerien besucht. Er hat festgestellt, dass die Ministerien sich in Bonn bisher nur zum Teil auf engstem Raum etablieren konnten. Da die zur Verfügung gestellten Räume bis zum letzten Zimmer verteilt und belegt sind, werden sich vorerst die Bundesminister damit begnügen

müssen, nur ihre ministeriellen Spitzen um sich zu haben, während der eigentliche ministerielle Arbeitsapparat weiter in Frankfurt bleiben muss. Für die nächsten Monate steht in Bonn kein Raum zur Verfügung. Er muss erst geschaffen werden.

Das Bundespostministerium hat in Bonn sechs Räume bezogen, während in Frankfurt die Verwaltung für Post und Fernmeldewesen 662 Räume innehat. Der Bundesminister für Landwirtschaft und Ernährung hat in Bonn 30 Zimmer, während die Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Frankfurt 410 Zimmer benutzt. Wie das Ministerium angebt, befinden sich fünf Prozent des Personals in Bonn, 25 Prozent sind täglich zwischen Bonn und Frankfurt unterwegs. Das Bundeswirtschaftsministerium hat in Bonn 19 Zimmer, während es in Frankfurt in 1027 Räumen arbeitet. Der Kurierdienst zwischen Bonn und Frankfurt wird mit nicht geringen Kosten unterhalten. Das Bundesfinanzministerium hat in Bonn 47 Räume, in Frankfurt 362. In der früheren Polizeischule in Bonn sind weitere vier Ministerien untergebracht. Da diese Ministerien sich zur Zeit noch darum streiten, ob das eine zwei Zimmer mehr und das andere zwei weniger bekommt, können die Bonner Zahlen nur wohlwollend geschätzt werden. Für das Bundesjustizministerium werden etwa 25 Räume zur Verfügung stehen, während es in Frankfurt 92 Räume sofort beziehen kann. Das Bundesinnenministerium hat in Bonn 20 Räume erhalten, in Frankfurt stehen sofort 111 Räume bereit. Das Bundesarbeitsministerium verfügt in Bonn über 20 Räume, in Frankfurt über 100. Das Bundesverkehrsministerium hat in Bonn gegenwärtig 20 Räume, zehn weitere sollen noch hinzukommen. Die Zweizonenverwaltung für Verkehr arbeitet zur Zeit in Frankfurt in 536 Räumen. Für das Bundesverkehrsministerium soll zwar in Bonn ein Neubau errichtet werden, der aber frühestens in einem Jahr fertiggestellt sein kann. Das Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates ist sehr elegant in einer luxuriösen Privatvilla untergebracht, die vorher zwangsgeräumt werden musste.

Diese Umfrage zeigt, dass in Frankfurt 3300, in Bonn 187 Räume (nicht gerechnet die Villa des Koordinierungsministers) sofort beziehbare sind und dass somit die Bundesministerien in Bonn viele Monate, wenn nicht noch länger nur sehr bedingt arbeitsfähig sein werden.

* * *

Die plumpe Täuschung

Dr.K., Berlin

Mit der vom Tausendjährigen Reich her bekannten Einmütigkeit, die durch die Anwesenheit zwölf höherer NKWD-Offiziere in Zivil und

die geschickte Verteilung zahlreicher Angehöriger der politischen Parteien absolut gewährleistet war, wurde die Umbildung des Volks-

rates zur "Provisorischen Volkskammer" durch exerziermässiges Erheben der bisherigen Volksratsdelegierten von den Plätzen gebildet.

Nach dem gleichen Verfahren wurde der im März vom Volkskongress angenommene Verfassungsentwurf als Grundlage der staatlichen Neubildung

angenommen, der u.a. auch die Auflösung der westdeutschen Bundesrepublik fordert. Schliesslich gab Pieck bekannt, dass die seit

einem Jahr fälligen Neuwahlen nun endgültig auf den 15. Oktober 1960 verlegt wurden. Auch diese folgenschwere Entscheidung wurde von den

bürgerlichen Volksvertretern gebilligt. Otto Grotewohl wurde programmgemäss Ministerpräsident. Die Zusammensetzung seiner Regierung,

der ausser ihm selbst drei Stellvertreter und 14 Fachminister angehören werden, wird erst am Mittwoch bekanntgegeben.

Am Dienstag wird durch die Provisorische Volkskammer und die am Montag sich konstituierende Länderkammer, in die jedes Land der Ost-

zone für je 500.000 Einwohner einen Abgeordneten entsenden wird, ebenso programmgemäss einmütig Wilhelm Pieck zum Präsidenten der

Republik gewählt werden. Um die angeblich von Moskau der neuen deutschen Volksdemokratie eingeräumte Souveränität zu dokumentieren,

wird sich in einem Anbau des früheren Reichspropagandaministeriums auch ein Aussenministerium etablieren, dem die hohe Ehre zuteil

werden wird, die diplomatischen Beziehungen mit den anderen östlichen Satellitenstaaten Moskaus herzustellen. Das frühere Reichsluftfahrt-

ministerium, bisher der Sitz der Deutschen Wirtschaftskommission, wird die Ministerien für Planung, Industrie, Handel, Aussenhandel,

Verkehr und Versorgung aufnehmen. Auch dies beweist, dass trotz der wohlklingenden Phrasen von der Wiederherstellung der deutschen

Souveränität in Wirklichkeit alles beim alten bleibt.

Natürlich nimmt niemand die dummen Redensarten von der echten demokratischen Legitimation der ostdeutschen Einrichtungen, ein-

schliesslich der neuen Regierung, ernst. Jeder weiss, dass diese Leute kein Recht haben, von Demokratie und Verfassung zu sprechen,

wenn gleichzeitig der politische Willen von 19 Millionen Menschen der Ostzone und Ostberlins unterdrückt wird, indem man die seit

einem Jahr fälligen Wahlen um ein weiteres hinausschiebt. Wie der ostberliner Bürgermeister Ebert betonte, werden die ostberliner

Abgeordnetenentsprechend den Gepflogenheiten im Bonner Bundesparlament, der beschlossenen Volkskammer ebenfalls nur als Beobachter

angehören, da man unter allen Umständen einen Bruch des Potsdamer Abkommens vermeiden möchte. In ihm war ausdrücklich der Viermächte-

status Berlins ebenso wie der der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands festgelegt worden. Allerdings will man nur solange an dieser

Fiktion festhalten, als Westberlin als 12. Land nicht in die Bundesrepublik einbezogen wird. Trotzdem ist aber Ostberlin vorläufig

zur Hauptstadt des neuen Satellitenstaates erklärt worden.

Das Beschämendste an diesem ganzen Vorgang ist das Verhalten der skrupellosen, ehrgeizigen Blockpolitiker der Ostzonen-CDU und

-LDP, die entgegen dem Willen ihrer Gefolgsleute sich nach Abfinden mit zweitrangigen Ministerposten erneut vor den Wagen der kommunistischen Diktatur gespannt haben. Sie haben erneut die deutschen Menschen in der Ostzone, den demokratischen Gedanken und die Idee

der Freiheit verraten.

* * *

"Gesunkene Sterblichkeitsziffern".

sp. Die Sterblichkeitsziffer betrug 1948 in der Bizone 10,0, in der Ostzone (I. - III. Quartal) 15,2, in Berlin 14,6. Wir bitten, diese Zahlen sinngemäss in unseren gestrigen Artikel "Gesunkene Sterblichkeitsziffern" einzufügen.
